

Aktenzeichen:  
46 O 237/22



Landgericht Stuttgart

## Im Namen des Volkes

### Urteil

In dem Rechtsstreit

**Palästinakomitee Stuttgart e.V.**, vertreten durch d. Vorsitzende V. Rajab,  
Stuttgart

- Antragsteller -

Prozessbevollmächtigter:

Rechtsanwalt Ahmed **Abed**, Schönstedtstraße 7, 12043 Berlin, Gz.: A 21/22

gegen

**Landesbank Baden-Württemberg AöR**, vertreten durch den Vorstand: Rainer Neske, Anastasi-  
os Agathagelidis, Andreas Götz, Karl Manfred Lochner, Stefanie Münz, Dr. Christian Ricken,  
Thorsten Schönenberger, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart

- Antragsgegnerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **SeibertLink**, Rotebühlplatz 19, 70178 Stuttgart, Gz.: 2118/22 ES02 MV

wegen Kontenkündigung

hat das Landgericht Stuttgart - 46. Zivilkammer - durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht  
Ottmann, den Richter am Landgericht Dr. Gothe und die Richterin Mildenberger aufgrund der  
mündlichen Verhandlung vom 26.04.2022 für Recht erkannt:

1. Die Verfügungsbeklagte wird verurteilt, das bei der BW-Bank unterhaltene Geschäfts-Giro-  
konto Nr. 8592613 und das „Park and Ride“-Konto Nr. 7005892278 unverändert über den  
29.04.2022 bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache weiterzuführen.

2. Im Übrigen wird der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.
3. Die Kosten des Verfahrens trägt die Verfügungsbeklagte.
4. Der Streitwert wird auf 6.000,00 € festgesetzt.

## Tatbestand

Der Verfügungskläger begehrt im Wege der einstweiligen Verfügung die Fortführung seiner beiden bei der BW-Bank geführten Konten.

Der Verfügungskläger ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein mit Sitz und Arbeitsschwerpunkt in Stuttgart.

Die BW-Bank ist eine unselbstständige Anstalt der Verfügungsbeklagten und als solche zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen zugelassen.

Der Verfügungskläger eröffnete im Jahr 2013 das Geschäftsgirokonto Nr. 8592613 bei der BW-Bank auf unbestimmte Zeit.

Das Geschäftsgirokonto nutzt der Verfügungskläger, unter anderem, für die Überweisung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie Bezahlungen von Rechnungen für die laufenden Kosten des Vereins.

Der Verfügungskläger unterstützt schon seit seiner Gründung die sogenannte Boykott-, Desinvestitions- und Sanktions-Kampagne (BDS-Kampagne). Dies war der Verfügungsbeklagten auch seit 2016 bekannt.

In einer Antwort des Staatsministeriums Baden-Württemberg auf eine Kleine Anfrage (Landtags-Drucksache vom 30.10.2018, 16/4968, Anl. Agg 2) heißt es:

„Der Beschlussantrag des Landtags von Baden-Württemberg „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“, der im März 2018 von allen Parteien außer der AfD eingebracht wurde, ersucht die Landesregierung, der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten. [...]

Die Landesregierung schließt sich dieser Einschätzung des Landtags an“

Am 17.05.2019 nahm der Bundestag einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „*Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen*“ an (BT-Drucksache 19/10191; Anlage AG 1). Darin heißt es unter Ziff. III

*„Der Deutsche Bundestag beschließt,*

- 1. erneut jede Form des Antisemitismus schon im Entstehen aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten und die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott von israelischen Waren und Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern oder Sportlerinnen und Sportlern zu verurteilen;*

*[...]*

- 6. Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteurinnen und Akteure dazu aufzurufen, sich dieser Haltung anzuschließen.“*

Im Jahr 2020 eröffnete die Verfügungsklägerin ein weiteres sogenanntes „Park and Ride“ Konto bei der BW-Bank.

Mit Schreiben vom 22.02.2022 erklärte die BW-Bank unter Bezugnahme auf Ziff. 26 Abs. 1 ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen die ordentliche Kündigung der streitgegenständlichen Konten zum 29.04.2022 (Anl. Ast 04). Als Kündigungsgründe gab sie die Unterstützung der sogenannten „BDS-Kampagne“ sowie wiederholt eingetretene und ständig drohende Reputationsschäden an. Sie berief sich dabei auf *„die Positionen und Empfehlungen des Deutschen Bundestages, wie sie in dessen Beschluss vom 15.05.2019 (Drucksache BT 19/1019) zum Ausdruck kommen“*. Weiter verwies sie in ihrem Kündigungsschreiben auf die Mitteilungen des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus vom 28.06.2019 (Drucksache 16/6487, Seite 55 f.) sowie die Stellungnahmen des Landtags von Baden-Württemberg vom 30.10.2018 (Drucksache 16/4968) und vom 03.01.2022 (Drucksache 17/1551).

Mit Schreiben vom 16.03.2022 wies der Verfügungskläger die Kündigung zurück und forderte zur Rücknahme der Kündigung auf (Anl. Ast 05). Mit Schreiben vom 17.03.2022 lehnte die Verfügungsbeklagte die Rücknahme der Kündigung ab (Anl. Ast 06).

Der Verfügungskläger versuchte daraufhin bei mehreren Banken ein neues Konto zu eröffnen, jedoch ohne Erfolg.

Der Verfügungskläger ist der Auffassung, das Kündigungsschreiben vom 22.02.2022 sei unwirksam und verstoße gegen §§ 134, 138 Abs. 1 BGB sowie gegen das Grundgesetz. Es liege kein sachgerechter Grund vor, auf den die Verfügungsbeklagte ihre Kündigung stützen könne. Die Verfügungsbeklagte sei als Anstalt des öffentlichen Rechts im Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge unmittelbar an Grundrechte gebunden. Es sei nicht ersichtlich, womit die Verfügungsbeklagte Reputationsschäden begründe.

Es liege schon in der Natur der Sache, dass der Verfügungskläger bei Nichtfortführung der Konten erhebliche Nachteile erleiden würde, wenn er zunächst auf Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigungen im Hauptsacheverfahren klagen müsse. Eine derartige Dringlichkeit bestünde auch für das „Park and Ride“ Konto, da dieses zweckgebunden und ausschließlich für Spenden für ein Krankenhaus in Gaza verwendet würde und weiterhin regelmäßig Spenden auf diesem Konto eingingen.

Der Verfügungskläger beantragt:

Die Antragsgegnerin wird verpflichtet das bei ihrer Baden-Württemberg Bank unterhaltene Geschäfts-Girokonto Nr. 8592613 und das „Park and Ride“-Konto Nr. 7005892278 unverändert über den 29.04.2022 weiterzuführen.

Die Verfügungsbeklagte beantragt,

den Antrag zurückzuweisen.

Die Verfügungsbeklagte ist der Ansicht, die ordentliche Kündigung sei aus den Gründen ihres Kündigungsschreibens wirksam. Eine Unwirksamkeit der Kündigung ergebe sich auch nicht aus einem Verstoß gegen das Willkürverbot, da sich der Verfügungskläger nicht auf das Parteienprivileg des Art. 21 GG berufen könne. Es reiche für eine Dringlichkeit nicht aus, dass der Verfügungskläger nur bei drei Banken versucht habe ein neues Konto zu eröffnen. Jedenfalls sei die Fortführung des „Park and Ride“ Kontos nicht als derart dringlich zu bewerten, schließlich könnten auch auf dem Girokonto Spendengelder eingezahlt werden.

## Entscheidungsgründe

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gemäß §§ 935, 940 ZPO ist zulässig und begründet. Der Verfügungskläger kann im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes nach §§ 935, 940 ZPO von der Verfügungsbeklagten die einstweilige Fortführung des Girokontos sowie des „Park & Ride“ Kontos verlangen. Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund liegen vor.

I.

Ein Verfügungsanspruch liegt hinsichtlich beider Konten vor. Die ausgesprochenen Kündigungen sind unwirksam. Die zwischen dem Verfügungskläger und der Verfügungsbeklagten geschlossenen Zahlungsdienststrahmenverträge bestehen mangels wirksamer ordentlicher Kündigung fort. Damit hat der Verfügungskläger Anspruch auf Fortführung beider Konten über den 29.04.2022

hinaus.

1.

Der Verfügungskläger und die BW-Bank als unselbständige Anstalt der Verfügungsbeklagten schlossen zwei voneinander getrennt zu betrachtende Zahlungsdienstleistungsverträge über die Eröffnung und Nutzung eines Zahlungskontos auf unbestimmte Zeit im Sinne des § 675 f Abs. 2 BGB.

2.

Für beide Verträge gelten unstreitig die in Anl. Ast 9 vorgelegten Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im Folgenden AGB) der Verfügungsbeklagten. Unter Nr. 26 Abs. 1 der AGB ist das Recht zur ordentlichen Kündigung *„bei Vorliegen eines sachgerechten Grundes“* und für die Bank mit einer Kündigungsfrist von mindestens 2 Monaten vereinbart worden.

3.

Die ordentliche Kündigung des Girokontos und des „Park and Ride“-Kontos vom 22.02.2022 ist unwirksam. Es fehlt an einem sachgerechten Grund für eine ordentliche Kündigung.

a) Ein sachgerechter Grund liegt vor, wenn die Umstände, die die Sparkasse zur Kündigung veranlassen, derart beschaffen und zu bewerten sind, dass ein unvoreingenommener, vernünftiger Beobachter das Verhalten der Sparkasse für eine nachvollziehbare und der Sachlage angemessene Reaktion halten muss. Es reicht aus, dass die Entscheidung aus kaufmännischer Sicht nachvollziehbar ist, z.B. wegen geänderter wirtschaftlicher Rahmendaten. Die Anforderungen an den „sachgerechten Grund“ sind deutlich geringer als die an einen „wichtigen Grund“ im Sinne des § 314 BGB bzw. Nr. 26 Abs. 2 AGB Sparkassen (vgl. Biesok, WM 2020, 75/79). Hierbei muss die Sparkasse ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag und den daraus teilweise folgenden Kontrahierungszwang berücksichtigen. Regelmäßig sind nur Gründe beachtlich, die erst während der Geschäftsbeziehung eingetreten sind (Büchel in: Kümpel/Mülbert/Früh/Seyfried, Bankrecht und Kapitalmarktrecht, 6. Aufl. 2022, Nr. 19 AGB-Banken: Kündigungsrechte der Bank (Büchel), Rn. 3\_662)

b) Die beiden von der Verfügungsbeklagten vorgetragene Kündigungsgründe stellen keinen sachgerechten Grund in diesem Sinne dar.

aa) Die Verfügungsbeklagte kann ihre Kündigung nicht mit Erfolg damit begründen, dass der Verfügungskläger die vom Bundes- und Landtag mit Antisemitismus in Verbindung gebrachte BDS-Kampagne unterstützt.

(1) Der im Bundestagsbeschluss vom 17.05.2019 (BT-Drucksache 19/10191; Anl. AG 1) deutlich gefasste Aufruf aller öffentlichen Akteurinnen und Akteure, sich gegen die BDS-Kampagne zu positionieren, ist keine verbindliche Handlungsvorgabe für die vollziehende Gewalt. Es handelt sich um einen schlichten Parlamentsbeschluss. Von ihm geht keine rechtliche Verbindlichkeit aus. Er hat keine rechtliche Bindungswirkung für andere Staatsorgane. Der Beschluss stellt lediglich eine politische Meinungsäußerung dar (Wiss. Dienst, Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 288/20 S. 4; VG Berlin, Urteil vom 07.10.2021, Az. VG 2 K 79/20, BeckRS 2021, 29696 Rn 34).

(2) Dem Argument der Beklagten, dass der Verfügungskläger die BDS-Kampagne unterstützt, steht Art. 9 Abs. 2 GG entgegen. Grundrechtsverstöße öffentlich-rechtlicher Vertragspartner führen zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts nach § 134 BGB (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19.7.2016 – 2 BvR 470/08, - Juris Rn. 33; BGH, Urteil vom 11.03.2003 - Az. XI ZR 403/01, - Juris Rn. 15 m.w.N).

(a) Die Verfügungsbeklagte ist als Anstalt des öffentlichen Rechts im Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge Teil der vollziehenden Gewalt und unmittelbar an die Grundrechte gebunden (vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2003 - Az. XI ZR 403/01, - Juris Rn. 15 m.w.N.; VG Leipzig, Urteil vom 26.08.2020 - Az. 1 K 1116/19, - Juris, Orientierungssatz Ziff.1). Die unmittelbare Grundrechtsbindung für die vollziehende Gewalt ergibt sich aus Art. 1 Abs. 3 GG. Daran ändert es nichts, dass die Verfügungsbeklagte zur Erfüllung ihrer Aufgaben die privatrechtlichen Rechtsformen wahrnimmt (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21.02.2019 – Az. 2 BvR 2456/18, - Juris Rn. 8).

Die BW-Bank ist nach § 1 ihres Statuts (Statut der Baden-Württembergische Bank als unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts der Landesbank Baden-Württemberg, Fassung: 1. April 2020, aufrufbar unter [https://www.bw-bank.de/content/dam/myif/bwbank/work/dokumente/pdf/bwbank/statut\\_de.pdf?n=true](https://www.bw-bank.de/content/dam/myif/bwbank/work/dokumente/pdf/bwbank/statut_de.pdf?n=true)) eine rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts der Verfügungsbeklagten. Das Statut wurde von der Hauptversammlung der Verfügungsbeklagten am 06.03.2020 gemäß §§ 3 in Verbindung mit 8 Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg in der Fassung vom 11.11.1998 beschlossen.

Gemäß § 2 Abs. 3 ihres Statuts erfüllt die Verfügungsbeklagte für die Landesbank Baden-Württemberg auch die Aufgaben einer Sparkasse. Insofern findet auch § 6 Abs. 1 Sparkassengesetz Baden-Württemberg unmittelbar Anwendung. Hieraus ergibt sich für die Verfügungsbeklagten der Auftrag zur Daseinsvorsorge. Die Sparkassen haben die Aufgabe in ihrem Geschäftsgebiet die

angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Hierzu gehört auch die Eröffnung der Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr durch die Führung von Girokonten (vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2003, Az. XI ZR 403/01, - Juris Rn. 16).

(b) Bei politischen Parteien stellt allein die verfassungsfeindliche Zielsetzung keinen sachlichen Grund für eine Kündigung des Girokontos dar (vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2003 - Az. XI ZR 403/01, - Juris Rn. 21 ff.). Dies begründet der BGH damit, dass Parteien im Rahmen ihres Parteienprivilegs nach Art. 21 Abs. 1 GG nur durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für verfassungswidrig erklärt werden können.

(c) Die Rechtsprechung hierzu ist zwar nicht ohne Weiteres auf einen Verein übertragbar, hinsichtlich der tragenden Erwägungen finden sich jedoch ähnliche Anknüpfungspunkte (vgl. VG Leipzig, Urteil vom 26.08.2020-Az.1K 1116/19, Juris Rn. 30). In der Entscheidung des VG Leipzig vom 26.08.2020-Az.1K 1116/19 heißt es wie folgt:

*„Denn ein Verein darf im Lichte des Art. 9 Abs. 2 GG nur unter engen Voraussetzungen verboten werden und genießt insoweit eine verfassungsrechtlich privilegierte Stellung hinsichtlich seiner Fortexistenz. Die Rechtsgrundlage für ein Vereinsverbot findet sich in den §§ 3 ff. Vereinsgesetz-VereinsG-. Hiernach bedarf es zunächst einer förmlichen Feststellung durch die zuständige Stelle (Verbotsbehörde) dahingehend, dass der Zweck oder die Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft oder dieser sich gegen die verfassungsrechtliche Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet. An einer solchen Feststellung fehlt es vorliegend allerdings und die Beklagte ist zu einer derartigen Feststellung auch nicht berufen (vgl. OVG Schl.-H, Besch. V. 15.1.2015, LB 21/13 -, juris Rn. 65).“*

Staatlichen Stellen ist es verwehrt, einen Verein vor dem Zeitpunkt der Aussprache eines Verbots als verboten zu behandeln. Diskriminierende Maßnahmen, die auf eine Beschränkung der Vereinsbetätigung abzielen, sind daher auch im Vorfeld eines Vereinsverbots zwingend zu unterlassen (vgl. Albrecht/Roggenkamp/Albrecht, 1. Aufl. 2014, VereinsG § 3 Rn. 13; Dürig/Herzog/Scholz/Scholz, 95. EL Juli 2021, GG Art. 9 Rn. 132).

(d) Unter Berücksichtigung vorstehender Ausführungen hat sich die Verfügungsbeklagte als Teil der vollziehenden Gewalt verfassungstreu zu verhalten. Was auf der einen Seite bedeutet, dass sie keine verfassungsfeindlichen Handlungen ihrer Kunden unterstützen darf. Auf der anderen Seite hat sie die in Art. 9 Abs. 1 GG besonders geschützte Vereinigungsfreiheit, die in Art. 9 Abs.

2 GG hierfür gesetzten Grenzen und das in den §§ 3 ff. Vereinsgesetz geregelte Verbotsverfahren zu beachten. Die Verfügungsklägerin ist als gemeinnütziger eingetragener Verein nach wie vor im Vereinsregister eingetragen und nicht aufgrund der Unterstützung der BDS-Kampagne verboten worden. Der Beklagten ist es deshalb verwehrt die in § 3 Abs. 2 VereinsG der Verbotsbehörde vorbehaltene Feststellung gewissermaßen vorwegzunehmen und die Verfügungsklägerin durch Kündigung der Konten faktisch als verboten zu behandeln (vgl. VG Leipzig, Urteil vom 26.08.2020-Az.1K 1116/19, Juris Rn. 30).

bb) Soweit die Verfügungsbeklagte ihre Kündigung auf einen ihr drohenden Imageschaden stützt, sofern sie die Geschäftsbeziehungen mit der Verfügungsklägerin fortsetze, ist hierin ebenso kein sachgerechter Grund zu erkennen. Die Verfügungsbeklagte kann sich als unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts nicht selbst auf Grundrechte berufen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 14. April 1987 – 1 BvR 775/84 –, BVerfGE 75, 192-201) und kann sich daher nicht von einem Kontrahierungszwang zur Vermeidung einer Rufschädigung loslösen. Zudem befürchtet die Beklagte diesen Schaden allein aufgrund der Unterstützung der BDS-Kampagne durch den Verfügungskläger, die, wie dargelegt, vor einer Entscheidung über ein Vereinsverbot rechtlich nicht geltend gemacht werden kann (vergl. BGH, Urteil vom 11. März 2003 – XI ZR 403/01 –, Rn. 25, Juris zum Parteiverbot). Schließlich dürfte dem vernünftig denkenden Bürger bekannt sein, dass es sich bei der Beklagten um eine Anstalt des öffentlichen Rechts handelt, die kraft ihres öffentlichen Auftrags der Daseinsvorsorge grundsätzlich verpflichtet ist, Konten für jedermann wie auch - im Wege der Gleichbehandlung - für Vereine zu führen, so lange diese nicht verboten sind und den Schutz aus Art. 9 Abs. 1 und 2 GG genießen. Vor diesem Hintergrund hat die Beklagte etwaige Beschwerden, die sie infolge einer Geschäftsbeziehung mit dem Verfügungskläger ereilen könnten, in besonnener Selbstbehauptung hinzunehmen (VG Leipzig, Urteil vom 26. August 2020 – Az. 1 K 1116/19, Juris Rn. 36).

cc) Hinsichtlich des erst im Jahr 2020 eröffneten „Park and Ride“-Kontos ist in der Abwägung weiterhin zu berücksichtigen, dass die Verfügungsbeklagte bereits seit 2016 von der Unterstützung der BDS-Kampagne wusste und dennoch für die Verfügungsklägerin ein zusätzliches Konto eröffnet hat. Sowohl der Landtagsbeschluss als auch der Bundestagsbeschluss waren zu diesem Zeitpunkt bereits veröffentlicht worden. Mit diesem Verhalten widerlegt die Verfügungsbeklagte selbst das Vorliegen eines sachgerechten Grundes. Jedenfalls ist ihr Verhalten in dieser Hinsicht als widersprüchlich zu bewerten.

II.

Darüber hinaus hat der Verfügungskläger auch das Bestehen eines Verfügungsgrundes glaubhaft



gemacht. Da der Verfügungsantrag des Verfügungsklägers auf die Erfüllung des Verfügungsanspruchs gerichtet ist, mithin eine Leistungsverfügung erlassen werden soll, sind hinsichtlich des Verfügungsgrundes die strengen Voraussetzung des § 940 ZPO zu beachten.

Der Verfügungskläger hat insofern darzulegen und gemäß §§ 936, 920 Abs. 2 ZPO glaubhaft zu machen, dass er auf die sofortige Erfüllung dringend angewiesen ist. Die Leistungsverfügung ist in Fällen zulässig, in denen die geschuldete Handlung so kurzfristig zu erbringen ist, dass die Erwirkung eines Titels im ordentlichen Verfahren nicht möglich ist, die Verweisung auf das Hauptsacheverfahren praktisch einer Rechtsverweigerung gleichkäme (Vollkommer in: Zöller, Zivilprozessordnung, 34. Aufl. 2022, § 940 ZPO Rn. 6).

Dies steht zur Überzeugung des Gerichts fest. Es liegt bereits in der Natur der Sache, dass der Verfügungskläger, wenn er auf Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung klagen müsste, in der Zwischenzeit durch die Nichtfortführung der Konten erhebliche Nachteile erleiden würde (vgl. LG Leipzig, Urteil vom 06.10.2000 – Az. 08 O 7375/00, - Juris Rn. 55.). Der Verfügungskläger hat durch Vorlage der eidesstattlichen Versicherung seiner Vorstandsvorsitzenden Rajab vom 22.04.2022 (Anl. Ast 11) für das Gericht überzeugend glaubhaft gemacht, dass ihm keine anderen Konten derzeit zur Verfügung stehen.

Die Nachteile bestünden somit darin, dass er am bargeldlosen Zahlungsverkehr nicht mehr teilnehmen könnte und zum anderen etwaige Spenden, die an die bekannten Kontonummern, insbesondere auch das „Park and Ride“-Konto gingen, nicht mehr bei der Verfügungsklägerin eingehen würden. Die im Gegensatz hierzu der Verfügungsbeklagten entstehenden Nachteile für die einstweilige Fortsetzung der Konten bleiben hinter den für den Verfügungskläger zu erwartenden Nachteilen zurück.

Im Übrigen sind die bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache gerade von der Beklagten geschuldeten Handlungen – die Fortführung der Konten – nicht nachholbar. Insoweit käme die Verweisung auf das Hauptsacheverfahren hinsichtlich dieser konkreten, gegen die Beklagte gerichteten Ansprüche praktisch einer Rechtsverweigerung gleich.

III.

Um die Hauptsache im Rahmen des einstweiligen Verfügungsverfahrens nicht unzulässig vorwegzunehmen, war die Verfügung zeitlich bis zur Entscheidung in der Hauptsache zu beschränken (vgl. Vollkommer in: Zöller, Zivilprozessordnung, 34. Aufl. 2022, § 940 ZPO Rn. 6).

IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 Abs. 2 ZPO. Die Streitwertfestsetzung folgt aus § 53

Abs. 1 Nr. 1 GKG i.V.m. § 3 ZPO.

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Oberlandesgericht Stuttgart  
Olgastraße 2  
70182 Stuttgart

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Landgericht Stuttgart  
Urbanstraße 20  
70182 Stuttgart

einzulegen.

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als elektronisches Dokument eingelegt werden. Eine Einlegung per E-Mail ist nicht zulässig. Wie Sie bei Gericht elektronisch einreichen können, wird auf [www.ejustice-bw.de](http://www.ejustice-bw.de) beschrieben.

Schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder

durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zu Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu übermitteln. Ist dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Ottmann  
Vorsitzende Richterin  
am Landgericht

Dr. Gothe  
Richter  
am Landgericht

Mildenberger  
Richterin